



Vorlage an das Stadtparlament

vom 22. März 2005

Nr. 0368

Interpellation

Interpellation Max Lemmenmeier: Einladung zur Einbürgerung; schriftlich

Max Lemmenmeier und 31 Mitunterzeichnende reichten am 15. Februar 2005 eine Interpellation „Einladung zur Einbürgerung“ ein (vgl. Beilage). Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Der Stadtrat von Zürich hat im Januar 2005 4'000 Ausländerinnen und Ausländer zwischen 16 und 25 Jahren, die seit zehn Jahren und mehr in der Stadt Zürich wohnen, persönlich angeschrieben und sie eingeladen, sich in der Stadt Zürich einbürgern zu lassen. Er hat damit jenen Personenkreis angeschrieben, für welchen nach der Gesetzgebung des Kantons Zürich (unter Erfüllung der weiteren Bedingungen wie klagloser Leumund, Schulbesuch von bestimmter Dauer etc.) ein Recht auf Einbürgerung besteht. Wer zehn Jahre und mehr in der Stadt Zürich wohnt, hat dort nach Gemeinderecht keine Einbürgerungstaxe zu entrichten. Neu an der Aktion des Zürcher Stadtrates ist, dass die Ausländerinnen und Ausländer, welche die Wohnsitzvoraussetzungen erfüllen, persönlich angeschrieben worden sind und dass in der Aktionszeit bis Ende März 2006 die Gebühr von 300 Franken auf 50 Franken reduziert wird. Eine verkürzte Verfahrensdauer ergibt sich aus dem Umstand, dass für den Entscheid über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts in der politischen Gemeinde Zürich der Stadtrat und nicht das Parlament zuständig ist. Gerechnet wird in Zürich damit, dass rund 10 Prozent der Angeschriebenen ein Einbürgerungsgesuch stellen werden.

Die rechtliche Ausgangslage im Kanton bzw. in der Stadt St.Gallen unterscheidet sich in verschiedenen Punkten von jener im Kanton Zürich. Der Kanton St.Gallen hat mit der neuen Kantonsverfassung als vergleichbares Institut die Möglichkeit der Besonderen Einbürgerung geschaffen. Ausländischen und staatenlosen Jugendlichen wird das Gemeinde- und Kantonsbürgerrecht selbständig erteilt, wenn sie das Gesuch vor Vollendung des 20. Altersjahrs stellen und wenn sie insgesamt während zehn Jahren in der Schweiz wohnen, davon wenigstens während fünf Jahren in der politischen Gemeinde (Art. 106 KV). Da nebst den kantonalen auch die bundesrechtlichen Voraussetzungen erfüllt werden müssen, kann sich je-



mand, der hier geboren ist, ab 11 Jahren „besonders“ einbürgern lassen (auf Bundesebene muss eine Gesuch stellende Person 12 Jahre Wohnsitz erfüllen, wobei die Zeit zwischen dem 10. und 20. Lebensjahr doppelt gezählt wird). Zusätzlich zu den formellen Voraussetzungen sind die Eignungskriterien des Bundesrechts zu erfüllen (Art. 8ter Abs. 2 der Verordnung über das Einbürgerungsverfahren vom 4. Januar 2005; Eingliederung in die schweizerischen Verhältnisse, vertraut sein mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen, Beachtung der schweizerischen Rechtsordnung, Nichtgefährdung der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz). Das Gemeindebürgerrecht wird nicht vom Stadtrat, sondern vom Einbürgerungsrat erteilt; gegen dessen Entscheid kann Rekurs beim zuständigen Departement erhoben werden. Für Personen ab 20 Jahren und jene, welche die formellen Voraussetzungen von Art. 106 KV nicht erfüllen, gelten die Verfahrensbestimmungen über die Einbürgerung im Allgemeinen; zuständig für die Erteilung des Gemeindebürgerrechts ist in diesen Fällen das Stadtparlament.

Aus Sicht des Stadtrates ist die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern, welche die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, erwünscht. Wer über längere Zeit hier lebt und am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben Teil nimmt, soll auch die Möglichkeit haben, politisch mitbestimmen und mitwirken zu können. Das gilt insbesondere für junge Erwachsene, die zum Teil hier geboren und aufgewachsen sind und die gemeinsam mit ihren Schweizer Alterskolleginnen und -kollegen die Schulen und die Ausbildung absolviert haben. Eine Aktion, wie sie in Zürich initiiert wurde, ist denn auch ein positives Zeichen in diese Richtung. Ob eine solche Aktion aufgrund ihrer Einmaligkeit und der Dauer von nur einem knappen Jahr nachhaltige Wirkung entfalten kann, ist allerdings unsicher.

Wegen der unterschiedlichen rechtlichen Voraussetzungen müsste sich in St.Gallen eine vergleichbare Aktion auf jenen Personenkreis beschränken, welcher nach kantonalem Recht die Voraussetzungen der Besonderen Einbürgerung erfüllt. Das ist eine Altersgruppe von 11 Jahren bis zum vollendeten 20. Altersjahr. Für Unmündige von 11 bis etwa 17 Jahren macht eine Aktion aber weniger Sinn. Erwünscht ist vielmehr, dass Kinder sich in der Regel zusammen mit ihren Familien einbürgern lassen. Unmündige werden in die Einbürgerung der Eltern eingeschlossen, ohne dass daraus zusätzliche Kosten entstehen. In Betracht fällt schliesslich, dass bei einer einmaligen Aktion für rund 1'300 in Frage kommende Personen und bei einem Gesuchseingang von angenommenen 10 Prozent für relativ wenige Einbürgerungsgesuche ein nicht unerheblicher personeller und kostenmässiger Aufwand entsteht.

Zielführender dürfte es sein, jährlich wiederkehrend jene Personen persönlich anzusprechen, welche die formellen Voraussetzungen der Besonderen Einbürgerung erfüllen und die im Verlaufe des jeweiligen Jahres volljährig geworden sind oder werden. Es kann im Schreiben darauf hingewiesen werden, dass die Verfahrensdauer auf Gemeindeebene in diesen



Fällen generell kürzer ist, weil die Gesuche von Verfassung wegen nicht vom Parlament, sondern vom Einbürgerungsrat entschieden werden. Es müsste zudem aufgeführt werden, dass nebst den formellen Anforderungen auch die bundesrechtlichen Eignungskriterien erfüllt sein müssen. Mit dem skizzierten Vorgehen kann jener Personenkreis erreicht werden, der auch zum Zielpublikum des Jungbürgerinnen- und Jungbürgertages gehört. Mit 18 Jahren werden diese Personen mündig und können ohne Zustimmung ihrer Eltern selbständig darüber entscheiden, ob sie von der Möglichkeit der Besonderen Einbürgerung Gebrauch machen wollen. Es liesse sich so dauerhaft ein Zeichen setzen, dass unsere Gesellschaft gewillt ist, die jungen Erwachsenen als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger willkommen zu heissen.

Der Entscheid über ein solches Vorgehen liegt in St.Gallen nicht beim Stadtrat, sondern bei den Einbürgerungsräten, welche das Einbürgerungsverfahren leiten und organisieren. Der Stadtrat ist indes in den Einbürgerungsräten mit dem Stadtpräsidenten von Amtes wegen und mit dem Direktor Soziales und Sicherheit vertreten. Der Stadtpräsident hat das oben dargelegte Verfahren in den Einbürgerungsräten zur Diskussion gestellt. Grundsätzlich haben sich die Einbürgerungsräte in dieser ersten Aussprache befürwortend zum Vorschlag geäußert, ohne aber bereits einen formellen Beschluss gefasst zu haben. Ob generell in allen Fällen der Besonderen Einbürgerung auch eine Ermässigung der Gebühren vorgesehen werden soll, ist mit den Ortsgemeinden zu diskutieren, mit welchen eine Verwaltungsvereinbarung betreffend die Gesprächsführung im Einbürgerungsverfahren besteht. In der Regel handelt es sich in den Fällen der Besonderen Einbürgerung um weniger komplexe Verfahren, in welchen die persönliche Eignungsprüfung im Gespräch eher summarisch erfolgen kann und die deshalb auch einen geringeren Aufwand generieren. Die Gebühr hat sich in einem Rahmen zu bewegen, der in einem vernünftigen Verhältnis zum administrativen Aufwand der Behörden im Gesuchsverfahren steht. Voraussetzung für die weitere Diskussion dieses Punktes mit den Ortsgemeinden ist der Erlass eines neuen kantonalen Gebührentarifs, welcher nach dem Wegfall der Einbürgerungstaxen per 1. Januar 2006 kostendeckende Gebühren für das Einbürgerungsverfahren vorsehen wird. Die Umsetzung der skizzierten Vorschläge im Rahmen der Besonderen Einbürgerung wäre bei dieser Sachlage ab dem Jahr 2006 möglich.

Der Stadtpräsident:
Hagmann

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation

